Wertes Campact-Team,

vielen Dank für Eure Frage und die Möglichkeit zu einer Stellungnahme:

Eure Frage "Ja, wir werden dafür sorgen, dass die Landesregierung CETA im Bundesrat nicht zustimmt – also CETA ablehnt oder sich enthält." können wir so nicht beantworten, da wir im Laufe der vergangenen 5 Jahre immer wieder die Landesregierung und die anderen im Landtag vertretenen Fraktion versuchten, sich stärker für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes einzusetzen.

Unsere Anträge "Europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen CETA stoppen!" 16/7150 von 2014 und "NRW muss das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ablehnen" 16/12844 von 2016 haben die anderen Fraktion im Landtag leider abgelehnt. Doch geben wir nicht auf, nach ACTA, TTiP, CETA, TiSA oder welche Akronyme auch immer sich gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes sich gerade wie Zombies immer wieder erheben, zu informieren und politisch dagegen anzukämpfen.

Unabhängig von Ihrer Frage und dem Landtagswahlkampf weisen wir gerne immer wieder daraufhin, dass unserer Ansicht nach das "Trade in Services Agreement" (TiSA) dieselbe Gefährlichkeit wie CETA innewohnt, diese Gefahr in der Politik aber immer noch stark unterschätzt wird.

Wir befürworten freie und faire Handelsbeziehungen zwischen gleichberechtigten Partnern. Jetzt sollen jedoch neue Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) und mit den USA (TTIP) geschlossen werden. Ebenfalls in Verhandlung befindet sich das globale Dienstleistungsabkommen TiSA, welches in Bereiche wie Bildung, Banken, usw. vordringt und diese zu Handelswaren machen möchte.

Diese Abkommen werden nicht transparent verhandelt und die Zivilgesellschaft nur mangelhaft beteiligt. Zudem sollen die Verträge unter direkter Beteiligung von Unternehmen, mit mangelnder Kontrolle durch die Öffentlichkeit und unter Umgehung der Parlamente verändert werden können.

Unter anderem sollen Schiedsgerichte eingerichtet werden, die die Anforderungen an einen unparteiischen Gerichtshof nicht erfüllen. Dort soll Unternehmen ein einseitiges Klagerecht gegen Staaten ermöglicht werden, welches über den Schutz von Investitionen weit hinausgeht. Durch den starken gewünschten Wettbewerb und Wettbewerbsregeln wird eine bereits heute durch Beihilferegularien erschwerte Rekommunalisierung weiter erschwert.

Des Weiteren wird ein zukunftsweisendes Urheberrecht, z.B. durch ein Verbot ein DRM-System zu umgehen, erschwert.

Zuletzt werden Standards für Arbeitsnormen und Arbeitnehmerrechte ausgehöhlt, vielfach nicht klar definiert, sondern nur gegenseitig anerkannt. Das löst eine Abwärtsspirale bei Standards aus.

Diese Eingriffe durchdringen allen Bereiche und beeinflussen die Handlungsfähigkeit der Landesregierung und lassen teilweise eine übergroße Sensibilität bei Gesetzesvorlagen erwarten.

Nicht zuletzt aus diesen genannten Gründen setzen wir uns für eine Ablehnung von CETA, TTIP und TISA ein.

Nach unserer Auffassung muss Freihandel folgenden Grundsätzen folgen und unsere Werte als Solidar- und Wertegemeinschaft widerspiegeln und ins Zentrum rücken: Menschenrechte, Bürgerrechte, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz, Datenschutz, Schutz von Persönlichkeitsrechten soziale Gerechtigkeit, Transparenz, Vorsorgeprinzip, Nachhaltigkeit und entwicklungspolitische Kohärenz geeignet sein, um Vertreibung aus der Heimat nicht zu verstärken

In weiten Bereichen soll gelten:

Regional vor Global. Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen jederzeit rekommunalisierbar sein. Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen vorrangig den Menschen dienen und sind keine Spekulationsobjekte. Das gilt für Einrichtungen der Bildung, Wasserversorgung, Elektrizitätsversorgung, Gasversorgung, Krankenversicherungen, Internet, Feuerwehr, Polizei. Schiedsgerichte in ihrer heutigen Form sind grundsätzlich auszuschließen. Klagerecht muss immer allseitig möglich sein, sich an rechtsstaatliche Prinzipien halten und finanzierbar sein. Kapitalflucht und Steuerflucht sind in den Abkommen einzudämmen. Es gilt: Da wo Umsatz gemacht wird sind auch Steuern zu entrichten.

Quellen:

https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-12844.pdf
https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-7150.pdf
https://wiki.piratenpartei.de/NRWWeb:Wahlprogramm Landtagswahl NRW 2017#Handelsabkommen CETA.2C TTIP und TISA

Gruß

Dennis Deutschkämer

Vorsitzender Landesvorstand NRW - Piratenpartei Deutschland